

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Juli 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

№. 81

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Werkstätten:** Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände.  
**Gewerkschaftsrevue:** Kriegsfürsorge (zwölfte Generalversammlung) des Deutschen Metallarbeiterverbandes.  
**Korrespondenzen:** Gießen. — Hamburg (M. M.). — Neubabelsberg.  
**Wandschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegsjulagen. — Zum Problem der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. — Burgfriedliche Entschärfungen.

### Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

In den Tagen vom 5. bis 7. Juli fand wieder eine gemeinsame Beratung der Gewerkschaftsleitungen mit der Generalkommission in Berlin statt. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kasernenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über deren Tätigkeit seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materialien sich noch im Stadium der Verhandlungen befindet und deren Abschluß abgemerkt werden muß. Ein ausgangsweiser Bericht sowie eine Übersicht über die Kasernenführung sollen im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht werden.

Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zur Zeit eine Abereinstimmung nicht zu erzielen war; so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitglieberechten, die bereits vor dem Krieg ihre Kasernen für den Unterhaltungsbedarf erfüllt hätten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterführungsberechtigt waren, die Wiederaufhebung von Unterführungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterführungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Krieg usw. Eine der Konferenzen vorgelegte Übersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergab die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandssitzungen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundrissen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zu dem Urteil:

Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entfallende finanzielle Befreiung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde, und verbot die Beschlußfassung über positive Einheitsgrundrissen bis zur nächsten Konferenz.

Eine Anfrage darüber, wieviel Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Bestimmungen zurückgekehrt sind bzw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Unterführungen gaben. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterführungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Subjektrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieb. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundrissen aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es mußte verifiziert werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt oder zur Lohnrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich oder tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausnutzung der Kriegsinvaliden untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von diesem Verband arrangierten Lichtbildvorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend angängig ist, Arbeitsgelegenheit in

Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einseitig sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung festgelegt wird, daß:

1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
  2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
  3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Änderung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.
- Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmern, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingeseht werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstage beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchreichende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfürgten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab) sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung. Die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht verkümmern, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. R. Freund (Berlin), dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten Systeme von Auskunftszentralen, denn dieser merkwürdige Sozialpolitiker verlor bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen; er mabe sich sogar die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preußischen Rundschreiben vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Abereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der politischen Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelt sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Gruppchen, diesen Parteifreie auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einheit in der Arbeiterbewegung zu zerfließen. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, dessen Schluß lautet:

Die Alternative lautet schlichtest: Parteifreie oder Parteierführung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufheben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundrissen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die

abschlüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Korrespondenzblattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Verurteilungen der gemeinschaftlichen Treiber der Mißvergnügen fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Korrespondenzblatt“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündel richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterchaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zerpfütterung in die Gewerkschaften fragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerfließen können.

Zur eine einige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiaussschusses sowie von dem Parteivorstand eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterchaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besondern dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinn allen Verhüchen der Zerpfütterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenreten.

Eine Beschwerte über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Territorien und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Sinnlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundrissen darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsvericherungsamts, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Änderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Änderung der Gewerkschaftsstatuten vorbereitet werden.

Am Schluß wurde über den vom jüngsten Verbandsvorstand der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird erucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.“ Der Antrag fand fast allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von Clara Zetkin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und selbstig sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verfliegenen Theorien und hochstrebenden Stillsübungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem andern die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussetzlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen

Ausprache nicht aus dem Wege zu geben. Eine Korrespondenz geht Gertrud Anna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten. Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weltlichen Mitglieder zugeweiht.

## Gewerkschaftsrevue

Als ein markantes Zeichen organisatorischer Kraft und gewerkschaftlichen Selbstvertrauens kann die in der Woche vom 28. Juni bis 3. Juli d. Z. im Berliner „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Kriegstagung (zweite Generalversammlung) des Deutschen Metallarbeiterverbandes beurteilt werden. Die auf dieser Gewerkschafts-generalversammlung zutage tretende Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen wie der Metallarbeiter im besondern deckt sich vollständig mit der Auffassung, die auch in unseren Kreisen herrscht, was uns, ohne nach irgendeiner Seite eine Verbeugung machen zu wollen, sagen läßt, daß das deutsche Metallarbeiterparlament in den wichtigsten Fragen der übergroßen Mehrheit aller deutschen Gewerkschaftler aus dem Herzen gesprochen hat. Besonders in der gegenwärtigen Zeit, wo es nicht an Bemühungen fehlt, das gegenseitige Vertrauen der organisierten Arbeiterschaft zu erschüttern oder als erschüttert hinzustellen, zeigen die Verhandlungen dieser Tagung um so deutlicher, welcher Geist des Zusammengehörigkeitsgefühls die freigewerkschaftlichen Kolonnen der deutschen Arbeiterschaft befeuert. Aus diesem Grunde betrachten wir auch eine etwas tiefere Begründung der Verankerung über den Verlauf der Verhandlungen dieser Tagung als willkommenen Gegenstand, die gewerkschaftlichen Probleme auch einmal mehr von außen her zu beleuchten, was einem größeren Verständnis nur nützlich sein dürfte.

Schon die Begründung der Metallarbeitertagung durch Alfred Cohen, den ersten Bevollmächtigten der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, hob in dieser Hinsicht interessante Merkmale für die Bedeutung eines Arbeiterkongresses in der gegenwärtigen Zeit. Cohen stellte u. a. fest, daß die Berliner Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1903 nicht ganz 31 000 Mitglieder und nur fünf Verbandsangestellte hatte, bei Ausbruch des Krieges zählte der gleiche Ortsverein dagegen rund 90 000 Mitglieder und 49 Angestellte. Es hat demnach allein die Berliner Mitgliedschaft dieser Organisation mehr Mitglieder als unsere Organisation in ganz Deutschland. Der ganze Metallarbeiterverband hatte zu Anfang des Krieges über 540 000 Mitglieder (nagruu ein „Künftler“ aller deutschen freier Gewerkschaften); davon sind gegenwärtig über 230 000 im Kriegsdienst und 6000 sind schon gefallen, was einem Prozentsatz von 2,6 entspricht, während bei uns Buchdruckern mit rund 40 000 ledigen Kollegen sich die Zahl der bis jetzt Gefallenen mit annähernd 2000 auf rund 5 Proz. beläuft. Bei Beurteilung der Gesamtmitgliedszahl des Metallarbeiterverbandes ist jedoch noch zu berücksichtigen, daß dabei über 25 000 weibliche Mitglieder in Frage kommen. Die Zahl der Arbeiterinnen in der Metallindustrie hat sich nach Kriegsbeginn ganz bedeutend vermehrt, wozu der Gesamtverband der Metallindustriellen bekanntlich alle Mienen springen ließ. Mit bitterer Satire wies Cohen darauf hin, daß die Unternehmer, die es ja so meisterlich schon verstanden hatten, unter dem Deckmantel des Patriotismus ihr Feuer ins Trockne zu bringen, die Feldzeugmeister veranlaßten, die Kriegsmaterialarbeiter erheblich in ihrer Freizügigkeit zu beschränken, worauf die Organisation des Metallarbeiterverbandes jedoch alle Hebel in Bewegung setzte, bis es ihr gelungen ist, einen paritätischen Kriegsausgleich für die Berliner Metallindustrie ins Leben zu rufen, der die Möglichkeit bietet, allzu üppige Unternehmerforderungen in erträglichen Bahnen zu halten.

Nicht minder zuversichtlich bezüglich der gewerkschaftlichen Bestrebungen war auch die Begründung durch den Verbandsvorsitzenden, Schlichte. In herzerquickender Weise sah er die gesamte Situation, in der sich die deutsche Arbeiterschaft innerhalb des Weltkrieges befindet, kurz wie folgt zusammen: Schon seit Jahren wandelten die Völker Europas über einem Abgrund. Es bedurfte nur eines kleinen Stoßes, und die Katastrophe war da. Durch den Krieg wird uns aber nicht ein Schlag in dem Kampf erspart bleiben, den wir führen müssen. Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hat allein die Überzeugung die Waffen in die Hand gedrückt, Kulturgüter zu verteidigen, die sie selbst mit aufgebaut haben. Erst die Geschichte wird darüber entscheiden, ob diese Auffassung richtig ist. Eine als Gegensatz zu den Verhältnissen in den internationalen Beziehungen unter uns Buchdruckern bemerkenswerte Tatsache kam auf dieser Tagung zum Ausdruck, indem der Vorsitzende feststellte konnte, daß die internationalen Beziehungen der Metallarbeiter nicht nur nicht abgebrochen seien, sondern während des Krieges sogar noch drei neue Verbände zum bisherigen Bestande der Metallarbeiterinternationalen hinzugekommen sind, und zwar eine österreicherische, eine norwegische und eine amerikanische Organisation. Dadurch hat sich die internationale Armee der Metallarbeiter um 80 000 Mitglieder erhöht. Im Jahre 1912 vereinigte das internationale Sekretariat der Metallarbeiter 1 106 003 Mitglieder; es können demnach jetzt rund 1,2 Millionen Metallarbeiter für den internationalen Zusammenschluß in Frage. Die deutsche Organisation beherrscht aber auch hier die Situation in einem

Verhältnisse wie fünf zu zwölf, während in den internationalen Beziehungen der Buchdrucker unser Verband nach dem Stande von 1913 im Verhältnis von sieben zu dreizehn steht. Es zeigt sich in diesen Ziffern schon rein äußerlich ein starker Einfluß des deutschen Elements in den internationalen Beziehungen, der bei uns Buchdruckern äussermächtig noch deutlicher zu erkennen ist als bei den Metallarbeitern. Wie unsre Leser ja wissen, schenken aber besonders unsre Kollegen von der lateinischen Rasse den Begriff internationaler Beziehungen unter Berufs-kollegen noch nicht ganz objektiv würdigen zu können. Sie fürchten eine „Germanisierung“, wogegen die Metallarbeiter auf ihrer Kriegstagung von solchen Beschränkungen nichts zu hören bekamen. Im Gegenteil, der Vertreter der schweizerischen Metallarbeiter sprach sogar die Überzeugung aus, daß die deutsche Metallarbeiterorganisation weitaus freier ihr Ziel verfolgen und damit den Metallarbeitern aller Länder als Vorbild dienen werde. Bei uns Buchdruckern ist das etwas anders. Die Jurist romanischer Intellektueller hat bekanntlich auch den Vorstand unserer schweizerischen Kollegen mit Mißtrauen gegen unsern Verband erfüllt und ihn für eine Überlegung des internationalen Sekretariats von Deutschland nach der Schweiz schwärmen lassen. Es scheint also hier fastlich mehr subjektive Einflüsse maßgebend gewesen zu sein; das beweist die objektive Haltung der schweizerischen Metallarbeiter in der gleichen Frage, die sich weniger vor einer „Germanisierung“ zu fürchten scheinen als unsre Kollegen in Lande Zells.

Die eigentliche Tagesordnung der Generalversammlung wird äußerlich von den üblichen Beratungsfragen gewerkschaftlicher Tagungen nur im sechsten Punkte ab, wo es sich um eine Ausprache über die sozialen Aufgaben während des Krieges unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften handelte. Trotzdem standen aber auch alle übrigen Fragen der Tagesordnung unter dem Einflusse des Weltkrieges, indem ihre Beratung und Erledigung fast durchweg damit in Verbindung gebracht wurden. Besonders deutlich trat die Kriegssignatur bei der Erörterung des Geschäftsberichts durch den Vertreter des Vorstandes, Reichel, in Erscheinung. Von vornherein wies dieser darauf hin, daß die deutschen Arbeiter und mit ihnen die Mehrheit unseres Volkes von einem Kriege nichts wissen wollten, angelehnt der Ereignis aber trotz dieser allgemeinen Kriegsgeneralschaft das Vaterland mit verteidigen helfen müssen und einen dauernden, ehrenvollen Frieden wünschen. Jede andre Haltung wäre Selbstmord und ein Verzicht auf die von der deutschen Arbeiterbewegung in heiliger und opfervollem Ringen aufgebauten Kulturwerke. Diese Auffassung sei kein Chauvinismus, sondern ein Trieb der Selbsterhaltung. Alle Mitgliedschaften des Metallarbeiterverbandes haben sich auf diese Stellungnahme zum Weltkrieges beschränkt und ihre eigenen Kräfte dafür eingesetzt, die Organisation innerlich unzerstört zu erhalten und ihren Einfluß auch in der Kriegszeit zu stärken. In gleichem Maße stehen alle Gewerkschaften geschlossen da, und wenn die ihnen angelegten Fesseln fallen, dann wird sich zeigen, daß ihr Einfluß auf dem ihnen zukommenden Gebiete der Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Arbeiter größer ist als vorher. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die von den Gewerkschaften oftmals unter heiligem Widerstande durchgesetzten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vereine mit der bisher erzielten, aber noch lange nicht ausreichenden sozialen Fürsorge die deutsche Arbeiterschaft erst leistungsfähig und widerstandsfähig gemacht und dadurch das deutsche Volk in den Stand gesetzt hat, das Land vor noch größeren Verwüstungen zu bewahren. Noch mehr Sozialpolitik und Gemeinamkeitssinn, namentlich hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, sei die Forderung des Tages. Übergend zu den eigentlichen Berichtgegenständen wies der Referent darauf hin, daß die letzte Werftarbeiterbewegung dem Metallarbeiterverband 2 1/2 Millionen Mark gestiftet habe, und daß die nach dieser Bewegung aufgetauchten Bestrebungen einer Schwächung der zentralistischen Verwaltung als überflüssig abgelehnt werden müssen. Eine gerechtere Würdigung der Gewerkschaftsarbeit in einem Teile der politischen Arbeiterpresse sowie ein besseres Abwägen der im Wirtschaftsprozesse wirkenden Kräfte wären viel notwendiger. Das habe sich besonders bei der Bewegung im Werke von Boch in Stuttgart als unbedingt erforderlich erwiesen, wo leerer Wortradikalismus die gefährlichen Folgen einer Überschätzung der eigenen Kraft nach sich zog. Auf die kurz vor Kriegsausbruch in Deutschland vorhandene Reaktion gegen die Arbeiterschaft eingehend, sah der Redner kein Urteil in dem Sinne zusammen, daß Deutschland nicht durch einen schärferen Kurs im Innern sein durch böse Zungen und Federn im Auslande herabgesetztes Ansehen wieder heben können, sondern nur durch die Einleitung einer Art sozialer Reformen und politischer Freiheiten. Die Einballung des Burgfriedens sehe für die Arbeiter voraus, daß die Unternehmer die Notlage der Arbeiter nicht ausnutzen. Als eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sei es aber auf jeden Fall anzusehen, wenn die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise notwendigen Lohnerhöhungen abgelehnt werden. Hierauf begründete Reichel die durch den Krieg zur Aufrechterhaltung der finanziellen Schlagfertigkeit des Verbandes nötig gewordene Aufhebung verschiedener Unterfertigungen, und zwar besonders die der Krankenunterfertigung. Die Arbeitslosenunterfertigung während des Krieges erforderte 5 1/2 Millionen Mark, worunter 1 1/2 Millionen als Familienunterfertigung zu beurteilen sind. Aus freiwilligen Beiträgen wurden für die Familien der Eingezogenen rund 3 Millionen Mark verausgabt. In einzelnen Gemeinden, die zu wenig oder gar nichts für die Kriegesfamilien leisteten, hat der Verband an seine Mitglieder aus freien Beiträgen seiner Mitglieder und An-

gestellten des Ende März bereits mehr als eine Million Unterfertigung gewährt. Nach Verlauf der ersten fünf Kriegesmonate hatte der Verband noch 323 565 Mitglieder und insgesamt 12 1/2 Millionen Mark Unterfertigungen bei 3 Millionen Mark weniger Einnahmen ausgezahlt. Mit 11,5 Millionen in der Hauptkassa und 5,1 Millionen in den Lokalkassen verfügt der Verband zurzeit noch über 16,6 Millionen Mark, steht also trotz zahlreicher Schwächung an Mitgliedern finanziell besser da als vor dem Kriege, was auf eine gute gewerkschaftliche Ernte nach dem Kriege auch für die Helmkehrenden hoffen läßt.

Nach den uns vorliegenden Berichten war die Diskussion über den Vorstandsbericht mäßig und einschüßlich. Nur die Vertreter von Hamburg konnten sich mit der Haltung des Verbandsvorsitzenden in der Werftarbeiterbewegung nicht einverstanden erklären. Sie beklagten sich über besondere Rücksichtslosigkeit der Unternehmer und das feinerseitige Abkommen der Zentralvorstände, das eine Wiederaufnahme der Arbeit unter allen Umständen verlangt habe. Dadurch sei den Unternehmern freie Hand für allerlei bösartige Schikanen gelassen worden. Im übrigen wurden aber Geschäftsführung und Standpunkt des Verbandsvorsitzenden anerkannt. Verschiedene Anträge stehen zwar auch Strömungen oppositioneller Art erkennen, die große Mehrheit der Generalversammlung legte aber diesen keine größere Bedeutung bei, sondern lehnte sie nach kurzer Debatte durchweg ab. Dagegen fand ein Antrag auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauengruppe durch die Generalkommission der Gewerkschaften größere Unterstützung und auch Annahme. Lebhafter gestaltete sich die Entgegennahme und Beurteilung des Berichts der Redaktion des Verbandsorgans, der „Metallarbeiterzeitung“. Es lagen dazu verschiedene Anträge vor, die sich mit der Haltung des Verbandsorgans während des Krieges nicht einverstanden erklärten. Insbesondere wurde eine größere Reserve der Redaktion bei Streitigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei gefordert. Der Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“, Scherm, verteidigte seine Haltung und wies den Zensurmännern von der Linken nach, daß er sich nicht mit inneren Parteidifferenzen herumalben wolle, wohl aber fühle er die Pflicht, politische Rückwirkungen solcher Instimmigkeiten auf die gewerkschaftlichen Bestrebungen im Auge zu behalten und im Interesse seiner Organisation zu beeinflussen. In diesem Sinne wurde er auch von Schlichte lebhaft unterstützt. Trotzdem gegen eine erhebliche Minderheit ein Antrag angenommen, wonach die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge durch die Ausprache als erledigt gelten sollen und von der Redaktion in parteipolitischen Streitfragen in Zukunft eine größere Zurückhaltung erwartet wird. Die Befragte stellte eine umfangreiche Auseinandersetzung über das Thema Einheits- oder Staffelfeitag. Eine schon früher eingesehte Kommission hatte sich für Staffelfeiträge zu 70, 50 und 30 Pf. je nach Lohnhöhe, und für entsprechende Abfertigungen der Unterfertigungen ausgesprochen. In der Diskussion wurden Licht- und Schattenseiten dieser Lösung ausgiebig erörtert. Von den Anhängern der Staffelfeiträge wurde es als ungerecht bezeichnet, wenn Mitglieder mit sehr hohen Löhnen nur die gleichen Beiträge bezahlten wie jene mit den niedrigsten Löhnen. Die letzteren brähten für die Organisation viel schwerere Opfer als die ersteren, während doch die guten Löhne in den meisten Fällen durch den Einfluß der Organisation errungen und erhalten werden. Das Resultat der Ausprache war die Annahme des Prinzipes der Staffelfeiträge mit 107 gegen 48 Stimmen; doch soll die Neuordnung der Beiträge erst am 1. Juli 1916 in Kraft treten. Hierauf wurde nach etwas härterer Ausprache eine teilweise Wiedereinführung der bei Kriegsausbruch vollständig aufgehobenen Krankenkassensatzung beschlossen, während alle weitergehenden Anträge auf dem Gebiete der Unterfertigungsunterfertigungen abgelehnt wurden.

Am fünften Verhandlungstag erstattete der Verbandsvorsitzende Schlichte ein ausgezeichnetes Referat über „Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften“. Wenn natürlicherweise seine Ausführungen sich zum größten Teil auf Verhältnisse in der Metallindustrie und deren Rückwirkungen auf die Metallarbeiter stützten, so ist doch von seinen Feststellungen und Schlussfolgerungen zu sagen, daß sie fast durchweg auch auf alle anderen Produktionszweige zutreffen. Er stellte fest, daß nach den ersten Wochen kriegsgehender sozialer Bewegung und Annäherung allmählich wieder der alte Eigennutz über den Gemeinnutz die Oberhand gewinne. Als Schall und Rauch erwies sich besonders der Gemeinnutz weiser Kreise des Unternehmertums. Während die Arbeiter aus Gemeinnutz und im Interesse der zur Verteidigung Deutschlands notwendigen Einigkeit ihre Kämpfe mit den Unternehmern einstellten und auf ihre Forderungen verzichteten, waren es die Unternehmer, die als erste die Streitkraft im Innern wieder aufhoben. Und leider wiegen auch heute noch die Stimmen der Unternehmervereine bei den Regierungen schwerer als die der Arbeiter, das beweist die Nichtberücksichtigung der Arbeiterschaft bei den meisten Instanzen zur Regelung der Volksernährung, Heereslieferungen usw. Nicht die Erkenntnis der Gleichberechtigung habe soziale Maßnahmen in bescheidener Form herbeigeführt, sondern die Furcht vor inneren Unruhen. Das habe die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft“ selbst ausgesprochen. Besonders in der Beschäftigung und Entlohnung der Frauen zeigen sich viele Unternehmern von der unläutersten Seite. Hier müßte der Grundabgelenkt, für gleiche Leistungen gleiche Bezahlung. Aber davon wollen die auf Frauenarbeit spekulierenden Unternehmer nichts wissen. Dadurch, daß man den Frauen geringere Löhne zahlte als den Arbeitern, zwinge man sie, noch angestrengter zu arbeiten als die Männer. Damit werde die Frage der Frauenarbeit aber zu einer solchen, die nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Volk angehe.

Die Schonung und Gebührensicherung der Mütter sei eine der wichtigsten Kulturfragen auch von militärischen Gesichtspunkten aus. Nach wie vor muß aber die Arbeiterschaft um den geringsten sozialen Fortschritt hart kämpfen, und zwar allein gegen den Widerstand des organisierten Unternehmertums. Wir haben also gar keine Veranlassung, jenen Rühmens von sozialen Wohlfahrt zu machen. Das sind immer nur Selbstverständlichkeiten, es ist schon bedeutsam als Gradmesser sozialen Empfindens, wenn solche Selbstverständlichkeiten erst nach harten Kämpfen durchgeföhrt werden. Von solchen nur zu berechtigten Gesichtspunkten aus bezeichnete Schritte als die nächsten sozialen Aufgaben die Regelung der Arbeitsvermittlung und der rechtsgemäßen Arbeitslosenunterstützung nach dem Genfer System, wie überhaupt eine stärkere Heranziehung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung auf sozialpolitischen Gebieten. Er legte keine Resolution vor, sondern wollte seine Darlegungen nur so aufgefaßt wissen, daß die soziale Gleichberechtigung den Arbeiter nicht auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden wird, sondern erlangt werden muß. Das großzügige Referat, das wir hier nur mit kurzen Strichen skizzieren konnten, wurde von der Generalversammlung mit stürmischen Beifall und mit Ständeklassen aufgenommen. Wir selbst können konstatieren, daß Schritte in seinen Darlegungen über die Gesamtlage der deutschen Arbeiterschaft nichts zum Ausdruck gebracht hat, was nicht auch ihr Buchdrucker und jedenfalls auch alle andere freigewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands unterschreiben könnten. Und darin liegt ein höherer Wert der diesmaligen Generalversammlung der größten deutschen Gewerkschaft als einer Kriegstagung, die der Welt offen und frei kundgab, was die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands in diesen schweren Tagen föhlt und denkt. Darum können wir auch die wenigen übrigen Beratungsgegenstände der Tagung an dieser Stelle übergeben; sie brachten nichts Neues für die Allgemeinheit, sondern bildeten nur die formelle Abrundung der vorhergehenden Verhandlungen. Aber trotzdem fragen auch sie nur dazu bei, die ganze diesmalige Hauptversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu einer Kundgebung höchstfreudlicher Geselohlossenheit des gewerkschaftlichen Gedankens zu ftempeln, die allen seinen Gegnern beweisen dürfte, daß der Wille des „Durchhaltens“ bei der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands sich auf ein gesundes Selbstvertrauen stützt, das durch verschärften Widerstand der Volks- und Arbeiterfeinde nur noch härter und unbeswingbarer werden kann.

anfall von Neuburg & Wilms statt, die für die Teilnehmer äußerst lehrreich war. — In der Maierfammlung hielt Kollege Bruno einen interessanten Vortrag über: „Gründung und Lehrplan der Hamburger Buchdruckerschule“. — In der Junterfammlung hielt Kollege Heinz einen Vortrag über: „Die Lehrlingsprüfungsarbeiten“, der allgemeine Anerkennung fand. In dieser Versammlung wurden außerdem 150 Mk. aus der Vereinskasse für Liebesgaben bewilligt. — In allen Versammlungen erbielte die Anwesenden auch in üblicher Weise das Andenken der in den jeweiligen Zwischenräumen dem Väterkrieg zum Opfer gefallenem Vereinsmitglieder.

**Neubabelsberg. (Vierteljahrsbericht.)** Der Ortsverein hielt im letzten Vierteljahre zwei ordentliche Monatsversammlungen ab, die sehr gut besucht waren. Als Erlass für das diesjährige Johannisfest wurde beschlossen, den im Felde stehenden Kollegen eine Liebesgabe zu senden. Zu erwähnen ist noch, daß seitens der Gemeinde Nowawes eine Arbeitslosenunterstützung eingeföhrt wurde. — In der Maierfammlung konnte der Vorsitzende, Kollege Otto, die angenehme Mitteilung machen, daß auf sein Vorstellwerden die Firma Imberg & Wesson ihren Gehilfen mit wenig Ausnahmen eine Zeuerungzulage von wöchentlich 1,50 Mk. gewährte. Leider hat der unheilvolle Krieg wieder ein weiteres Opfer vom Ortsvereine gefordert: Kollege Kahle starb den Heldentod auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Von unserm beinahe 100 Mitglieder zählenden Ortsvereine sind noch 27 Kollegen hier, doch müssen die meisten noch auf ihre Einberufung rechnen. Bis Ende Juni wurde vom Ortsverein an die Familien der im Felde stehenden verheirateten Kollegen die Summe von 513 Mk. ausgezahlt. Dank der Opferwilligkeit der noch zurückgebliebenen Kollegen kann diese Unterstützung auch noch mehrere Monate weitergezahlt werden.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Leichmann (Borna bei Leipzig), Max Fein (Dornum), Richard Sucker (Größlitz), Loffen (Braunau), Jol. Post (Köbn), Joseph Hiel und Karl Mayer (München). Damit haben bis jetzt 707 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

**Kriegszulagen.** In Danzig zahlt die Buchdruckerei Bacher ihrem ganzen Personal eine wöchentliche Kriegszulage von 1,50 Mk. — In Greifswald bewilligte die Buchdruckerei Hans Adler (Nachfolger C. Panzig) ihrem Personal eine wöchentliche Zeuerungzulage von 2 Mk. — In Mannheim gewährte die Buchdruckerei von Dr. Haas seit Kriegsbeginn den „Frauen der im Heeresdienste stehenden Kollegen wöchentlich 5 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. Im vorigen Herbst erhielten außerdem sämtliche Familien der zum Militär eingezogenen Kollegen 15 Zentner Kohlen vom Gesellsch. besahlt. Und vom 18. Juni d. J. ab erhielten alle verheirateten Arbeiter der Firma eine Zeuerungzulage von 1 Mk. wöchentlich. Die Wittenbruckerlei gewährte den Frauen der zum Militär eingezogenen Kollegen seit Kriegsbeginn einen Zuschuß von 10 Mk. wöchentlich und für jedes Kind 2 Mk., bis zum Höchstbetrage von 16 Mk. In der Söbdruckerei von Max Kahn & Co. erhielten die Frauen der zum Kriegsdienst einberufenen Kollegen seit Anfang des Krieges bis zum 1. Juli d. J. eine wöchentliche Unterstützung von 10 Mk. und f. Kinder unter 14 Jahren wöchentlich 2 Mk. Seit 1. Juli wurden diese Sätze infolge starker Vermehrung der Einberufenen auf die Hälfte herabgesetzt. Die Buchdruckerei Gremm zahlt den Frauen der zum Heer einberufenen Kollegen monatlich 10 Mk. In der Mannheimer Vereindruckerei erhalten die Frauen der zum Militärdienst Einberufenen seit 1. Mai d. J. eine monatliche Unterstützung von je 15 Mk. und für jedes Kind 3 Mk., und ab 1. Juni d. J. wurde dem Personal eine allgemeine Zulage von wöchentlich je 1 Mk. gewährt. — In Oldaden erhalten laut Befehl des zuständigen Ausschusses der Oldaberger Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. („Oldader Volkszeitung“) die verheirateten Gehilfen, die zum Militärdienst einberufen sind, einen monatlichen Zuschuß von 32 Mk. und die Ledigen 26 Mk. Bei der ersten Auszahlung, die vor einigen Tagen erfolgte, erhielten zwei Gehilfen, die seit Anfang des Krieges im Felde stehen, eine Ecktraunterstützung von je 50 Mk. Die Angestellten der Firma erhalten, soweit sie zum Militär eingekerkert sind oder werden, zwei Drittel ihres bisherigen Gehalts weiterbezahlt. — In Neurode (Schlesien) zahlt die Buchdruckerei W. M. (Ed.) Klambt den verheirateten Kollegen 2 Mk., und den ledigen 1 Mk. wöchentlich Kriegszulage. Auch die Angehörigen der bei der Firma beschäftigten Kriegsteilnehmer werden seit Anfang des Krieges unterstützt. Die Frauen erhalten 3 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. wöchentlich. Ebenso werden die Krankenkassenbeiträge von der Firma weiterbezahlt, und für fünf verheiratete Kriegsteilnehmer wurde je ein Anteil bei der schlesischen Kriegsversicherung geföhrt. — In Reudenburg gewährte die Buchdruckerei Heinrich Müller Söhne ihren Gehilfen in 1/2 monatlichen Zwischenräumen Kriegszulagen von 10 Mk., bei Verheirateten außerdem 2 Mk. für die Frau, 1,50 Mk. für das erste und 1 Mk. für jedes weitere schulpflichtige Kind. Beim Hilfspersonal beträgt die Zulage etwa 5 Proz. des Lohns. — In Stuttgart erhielt das durch Verhärzungen und Aussehen seit Beginn des Krieges hart betroffene Korrekturen- und Seherpersonal der Union Deutsche Verlagsgesellschaft seit einigen Tagen bis auf weiteres eine Lohnzulage von 10 Proz.

**Zum Problem der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit.** In dem soeben erschienenen Jahresberichte für 1914 des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsamts im Bergbau seien „die zwei besonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände“ wieder zusammengebracht worden; ferner seien gemeinsame Eingaben zur gegenseitigen Regelung des Arbeitsnachweises erfolgt. Dann heißt es: „Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben dürften in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebig sein. Die unbedingte und unverlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich-fachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine andersartigen Fragen im Hintergrund lauern dürfen.“ An einer andern Stelle des Berichts heißt es: „Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisationen sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“ Soweit in dieser Stellungnahme zu einem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen von christlicher Seite aus eine wirksame praktische und nicht bloß theoretische Arbeiterinteressenvertretung verstanden wird, dürfte es kaum ein freies Gewerkschaftsmitglied geben, das einer solchen Zusammenarbeit hinderlich sein wollte. Da bei den freien Gewerkschaften in Wirklichkeit keine andersartigen Fragen im Hintergrund stehen, so wäre die bewußte „unbedingte und unverlässliche Voraussetzung“ eigentlich hinfallig, wenn nicht in der ausdrücklichen Geltendmachung solcher Voraussetzungen gerade gesagt sein soll, daß die Arbeiterinteressen der christlichen Gewerkschaften andre sind als die der freien Gewerkschaften. Es liegt also nach wie vor in erster Linie an den christlichen Gewerkschaften, zu zeigen, daß ihre Arbeiterinteressenvertretung bei der in Frage kommenden Zusammenarbeit mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen frei von andersartigen Fragen im Hintergrund ist. Je mehr dies zutreffen wird, um so leichter und erfolgreicher wird ein Zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiterschaft besonders mit den freien Gewerkschaften sein. Darum können die freien Gewerkschaften die Entfaltung in dieser Richtung mit aller Ruhe abwarten. Ihre bisherige Entwicklung bestättigt ihnen die Richtigkeit der eingeschlagenen Wege und die neuzeitlichen Erscheinungen unter der Ära des „Burgfriedens“ sprechen noch deutlicher für die Überfallsfähigkeit; ja gerade für die Gefährlichkeit andersartiger Hintergedanken.

**Burgfriedliche Entfaltungen.** Wie wir an dieser Stelle schon vor längerer Zeit Mitteilung gemacht haben, hatte sich der christliche Textilarbeiterverband an den stellvertretenden Kommandeur des VII. Armeekorps mit dem Antrag gewandt, es möchten Einrichtungen zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Darauf hatte die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände auf Veranlassung der Textilindustriellen die ihr angeschlossenen Vereinigungen „auf das dringendste“ davor gewarnt, „derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorhub zu leisten“. Das Blatt des christlichen Holzarbeiterverbandes wimmel nun dem Vorgang einen Zeitarakt mit der Überschrift „Unverbesserlich“, worin den „bekannten Herrschaften in der Großindustrie“ gesagt wird, sie hätten „anscheinend auch durch den Krieg noch nicht gelernt, die Arbeiterschaft besser wie bis dahin zu bewerten. Trotz der gemeinsamen Kämpfe, Opfer und Entbehrungen im Felde gibt es immer noch Männer in der Großindustrie, die es anscheinend unter ihrer Würde halten, mit den Arbeitervertretern zusammen am Tische über gewerbliche Dinge und Notwendigkeiten zu beraten.“ Das Rundschreiben ahme „denjenigen arbeiterorganisationsfeindlichen Geist, den wir immer bei diesen Herrschaften gewohnt waren. Sie haben in den letzten zehn Monaten weder um noch zugelernt.“ Ähnlich äußert sich das Organ des christlichen Graphischen Zentralverbandes. Es schließt seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen: „Viel Rücksicht auf den allgemeinen Burgfrieden kann man aus dieser Haltung der Unternehmer gewiß nicht erkennen; im Gegenteil, eine schärfere Tonart gegen die berechtigten Arbeiterforderungen und eine schroffere Ablehnung der Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages ist auch vor dem Kriege nicht zu verzeichnen gewesen. Die Gewerkschaften werden diese Verlaubarungen der Unternehmerführer als unfruchtliche Zeichen ihrer Stumpfheit und geringen Kenntnisse und ihre Unfähigkeit demgemäß einzurichten.“ Diese Äußerungen veranlassen enttäuschte Gemüter und deuten auf zerstörte Illusionen. Die freien Gewerkschaften sind durch ihre bessere Kenntnis der Natur des Unternehmertums, des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, vor solchen Entfaltungen von vornherein bewahrt geblieben. In dieses Kapitel gehört auch eine Erfahrung, die der christliche Verband der Fabrika-, Verkehrrs- und Hilfsarbeiter in den letzten Tagen machen mußte. In den weltbekanntesten Köln-Rosfelder Pulverfabriken war den Arbeitern der Beitritt zur Organisation bei Strafe der Entlassung verboten. Nach dem Kriegsausbruch kamen indes viele Arbeiter in den Betrieb, die einer Gewerkschaft angehörten. Sie arbeiteten, wie die christliche „Gewerkschaftsstimme“ (Nr. 13) mitteilt, „bis zu 36 Stunden ohne Unterbrechung, um dem Vaterland und, wie der vorjährige Betriebsabschluß zeigt, ferner auch den

## ○○○○ Korrespondenzen ○○○○

**R. Gieben.** Am 4. Juli wurde hier im „Gewerkschaftshaus“ die diesjährige „ausf. Bezirksversammlung“ abgehalten. Nach einleitenden begrüßenden Worten des Vorsitzenden Ziegeler trat man in die Tagesordnung ein. Im geschäftlichen Teile gab der Vorsitzende eine Stasistik über die Mitgliederbewegung im Bezirk. Es ist darauf zu erwähnen, daß bis zum 1. Juli 101 Mitglieder eingetreten wurden, wovon bis jetzt sieben fürs Vaterland gefallen sind. Drei Kollegen erhielten das Eiserne Kreuz, und zwar Friedrich Rohrbach (Gieben), Karl Körber (Gieben) und Bruno Wiffig (Zugbad). Seit der letzten Bezirksversammlung sind die Kollegen Alfred Merkle (Gieben), Leonhardt Danner (Bad Nauheim), Hans Schmidt und Emil Wagner (Friedberg) und Wilhelm Windolf (Weslar) gefallen. Die Versammlung erbielte deren Andenken in üblicher Weise, ebenso das des in Gieben verstorbenen Kollegen Paul Niewisch. Wie fast jedes Jahr, so hatten wir auch in diesem Jubilare: Es sind 40 Jahre verfloßen, seit die Kollegen Otto Eitel und Theodor Roos (Gieben) in den Verband aufgenommen wurden und 25 Jahre, da dieses bei dem Kollegen Daniel Sand (Gieben) der Fall war. Der Vorsitzende begrüßte sie in einer längeren Ansprache und brachte ein Hoch auf dieselben aus. Kollege Roos dankte namens der Jubilare für diese Ehrung. Aus den einzelnen Ortsvereinen war nichts von Belang zu berichten; nur aus Gieben wurden einige Unzutunlichkeiten gemeldet, die aber soweit wieder beigelegt sind. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung, so daß der Vorsitzende alsbald die Versammlung mit einem besätig aufgenommenen Hoch auf den Verband schließen konnte. Ein nachträglich noch gefeilter Antrag, den anwesenden Feldgrauen zur Feier des Tages je 3 Mk. aus der Bezirkskasse zu bewilligen, fand einstimmige Annahme.

**Sandburg. (Maschinenmeister. — Halbjahrsbericht.)** In der Generalversammlung am 24. Januar wurde neben Erledigung der üblichen Berichtserstattung, Entfaltung des Vorstandes, der verschiedenen Wahlen und Ergänzungswahlen die Abwendung einer weiteren Liebesgabe beschlossen. Sodann hielt Herr Will von Hause & Michaelis & Co. einen lehrreichen Vortrag über Entfaltung und Verwendung des Papiers. — In der Versammlung am 20. Februar gab der Vorsitzende Aufschluß über das Zustandekommen der bekannten Vereinbarung über das Anlernen an der Rollstahlmachine und die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den zuständigen Instanzen. Hierauf hielt Kollege Werfing einen ausföhrenden Vortrag über: „Autofotografie“. An dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an. — In der Märzversammlung hielt Herr Röhle einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Eisbruch“. — In der Aprilversammlung rigte der Vorsitzende das Verhalten einiger Kollegen, die durch Nichtannahme einer Stellung tarifliche Verstöße begünstigten. — Am 8. Mai fand eine Besichtigung der Graphischen Kunft-

